Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Probstei (AMTPR/HA/02/2026) vom 05.10.2026

Anwesend:

Vorsitzender
Herr Wolf Mönkemeier

Mitglieder

Herr Jörg Erdmann	
Herr Torsten Folta	Vertretung für Herrn Matthias Gnauck
Herr Peter A. Kokocinski	Vertretung für Herrn Klaus Stelck
Herr Ingo F. Lage	
Frau Angela Maaß	
Herr Wolfgang Mertineit	
Frau Heike Mews	
Herr Dr. Stefan Radomski	Vertretung für Herrn Jan-Rolf Plagmann (ab 19:06 Uhr)
Frau Verena Sapia	
Frau Brigitte Vöge-Lesky	
Herr Heiko Voß	

von der Verwaltung

Herr Christian Hasler	Amtsdirektor

Personalvertretung
Herr Tim Gehrmann

Gäste
Frau Annika Börnsen
Herr Oliver Hille
Herr Klaus Löptin
Herr Timo Schlabritz
Herr Heino Schnoor
Frau Anett Schwab

Protokollführerin
Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder
Herr Matthias Gnauck
Herr Christian Lüken
Herr Jan-Rolf Plagmann
Herr Klaus Stelck

Beginn:	19:00 Uhr
Ende	21:09 Uhr
Ort, Raum:	24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg, Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Tagesordnung:		Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)	
3.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte	
4.	Einwohnerfragestunde	
5.	Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.04.2026 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
6.	Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung, den 1. Nachtragshaushaltsplan sowie deren Teilpläne für das Haushaltsjahr 2026	AMTPR/BV/0103/2026
7.	Personelle Ausstattung des Standesamtes (Eheschließungen in der Gemeinde Stein)	AMTPR/BV/0104/2026
8.	Beratung über die Stellungnahme zur Aufhebung des Amtes Selent / Schlesen und Eingliederung der amtsangehörigen Gemeinden in das Amt Probstei	AMTPR/IV/0105/2026
9.	Bericht der Verwaltung	
10.	Bekanntgaben und Anfragen	

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern gegeben ist. Herr Lüken und Vertretung sind entschuldigt. Herr Dr. Radomski kommt später.

Der Vorsitzende bedankt sich für das Verständnis für die kurzfristige Umterminierung.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Änderungs- oder Ergänzungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte 11-13 nicht-öffentlich zu beraten.

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.04.2026 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht vorgetragen. Der Vorsitzende gibt gekannt, dass der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung einem Antrag auf Altersteilzeit zugestimmt habe. Er geht außerdem kurz auf weitere in nicht-öffentlicher Sitzung vorgenommenen Beratungen ein, über die kein Beschluss gefasst wurde.

TO-Punkt 6: Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung, den 1. Nachtragshaushaltsplan sowie deren Teilpläne für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: AMTPR/BV/0103/2026

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Dr. Radomski betritt den Sitzungssaal um 19:06 Uhr. Damit sind nun 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Amtsdirektor Hasler erläutert die Vorlage und erklärt, dass es sich bei der dargestellten Zuführung zu Pensionsrückstellungen um einen einmaligen Sachverhalt handelt. Er geht zudem auf die rückläufigen Flüchtlingszahlen ein. Die Vorhaltung von Wohnraum sei insoweit eine Gratwanderung, weil niemand vorhersagen könne, wie sich die politische Weltlage entwickeln wird. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind ein wichtiger Baustein. Es werde derzeit geprüft, welche angemieteten Wohnungen gegebenenfalls nicht mehr benötigt werden und wieder dem freien Wohnungsmarkt zugeführt werden können. Er beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Herr Kokocinski erklärt, er hätte sich eine frühere Information gewünscht zu den Pensionsrückstellungen. Dies gelte insbesondere zukünftig mit Blick auf mögliche Wechsel bei den Amtstragenden in Schönberg und Laboe. Die entsprechenden Auswirkungen sollten bereits rechtzeitig bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt werden können.

Frau Schwab bezeichnet die Situation als unbefriedigend. Sie fragt, ob die Berechnungen der VAK nachvollzogen und auf mögliche Rechenfehler überprüft wurden.

Herr Amtsdirektor Hasler erläutert, dass man selbstverständlich mit der VAK diesbezüglich in Kontakt war. Letztlich liegen der Berechnung aber rechtliche Vorgaben zugrunde, auf die das Amt insoweit keinen Einfluss habe. Gerne werde man zukünftig die VAK bitten, rechtzeitig vor einem anstehenden Wechsel zumindest eine Kostenprognose herzugeben, aber auch hier könne das Amt nur bedingt Einfluss nehmen.

Herr Voß weist an dieser Stelle darauf hin, dass die Personalaufwendungen des Amtes zukünftig ohnehin aufgrund zusätzlicher Bedarfe steigen könnten. Als Beispiel nennt er die Vorbereitung und Abarbeitung der Maßnahmen aus dem Sondervermögen des Bundes für alle 20 Gemeinden.

Der Hauptausschuss fasst folgenden

Beschluss: Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss die 1. Nachtragshaushaltsatzung mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan sowie deren Teilpläne für das Haushaltsjahr 2026 gemäß Entwurf zu beschließen.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

TO-Punkt 7: Personelle Ausstattung des Standesamtes (Eheschließungen in der Gemeinde Stein) Vorlage: AMTPR/BV/0104/2026

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und das Anliegen der Gemeinde Stein. Der Amtsdirektor erläutert die Vorlage und weist insbesondere darauf hin, dass eine einvernehmliche Abstimmung über die Trautermine zwischen Amt und Gemeinde erforderlich ist.

Frau Börnsen ergänzt die Ausführungen aus Sicht der Gemeinde Stein. Sie könne Trauungen aus beruflichen Gründen nicht selbst durchführen. Sie erklärt jedoch, dass sie gegebenenfalls den Lehrgang absolvieren würde, um mögliche Ausfallzeiten abdecken zu können. Die Gemeinde habe entsprechende Anfragen, habe in die Infrastruktur investiert und Kooperationen geschlossen. Zudem bestehe die Möglichkeit, in Stein einen modernen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Trautermine werden selbstverständlich mit dem Amt abgestimmt.

Herr Erdmann fragt, ob eine oder zwei Stellen vorgesehen sind. Frau Grulich erläutert, dass das errechnete Stellenkontigent von 0,26 VZÄ in den Stellenplan eingestellt werde. Man könne eine Stelle auch mit zwei Personen besetzen, solange das Stellenkontigent nicht überschritten werde.

Herr Dr. Radomski weist darauf hin, dass dies lediglich ein Umfang von zehn Wochenstunden ausmacht.

Der Amtsdirektor bestätigt dies auf das Jahr gesehen und erläutert, dass es sich aber um ein saisonal geprägtes Geschäft handelt.

Der Vorsitzende betont, dass die Region durch den Trauort Stein eine besondere Wertschätzung erfahre. Er sehe keine Bedenken, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Kokocinski schließt sich dem an und weist darauf hin, dass auch viele Paare von außerhalb in Stein heiraten.

Herr Voß stimmt den Ausführungen ebenfalls zu. Für Laboe nehme er die Anregung mit, die Regelung bei mehreren Trauorten gegebenenfalls als Musterbeispiel heranzuziehen.

Der Hauptausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, der Bitte der Gemeinde Stein zu folgen, im Stellenplan für das Jahr 2027 insgesamt 0,26 VZÄ für die Beschäftigung von Standesbeamtinnen und Standesbeamten vorzusehen und hierfür entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen, sofern die Gemeinde Stein einen Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 100 % an das Amt Probstei zahlt.

2. Bei einem Wegfall von Eheschließungen am Trauort in der Gemeinde Stein verpflichtet sich die Gemeinde zur Fortzahlung der Bezüge, bis eine angemessene Nachverwendung für das Personal gefunden werden konnte.

3. Trautermine für den Trauort in Stein müssen mit dem Amt einvernehmlich abgesprochen werden.

4. Der Beschluss im Haupt- und Amtsausschuss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gemeindevertretung Stein zu den hier genannten Voraussetzungen.

Stimmberechtigte:	12		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 8: Beratung über die Stellungnahme zur Aufhebung des Amtes Selent / Schlesen und Eingliederung der amtsangehörigen Gemeinden in das Amt Probstei
Vorlage: AMTPR/IV/0105/2026

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt als Fazit dar, dass die zusätzliche Übernahme weiterer Gemeinden Risiken berge. Daher sollte gegenüber dem Ministerium deutlich gemacht werden, dass keine Bereitschaft bestehe, weitere Gemeinden in das Amt einzugliedern. Er erläutert die weitere Beratungsfolge: Zunächst sollen die Gemeinden beraten, anschließend werde im Dezember eine abschließende Stellungnahme in den Amtsgremien erfolgen. Eine einheitliche Stellungnahme aller Gemeinden und des Amtes könne sich positiv auswirken; unterschiedliche Stellungnahmen seien dagegen nicht förderlich.

Herr Amtsdirektor Hasler ergänzt, dass die Verwaltung sich deutlich gegen eine weitere Eingliederung von Gemeinden ausspreche. Er geht zudem auf die Beschlussfassung des Kreistages ein. Er hält die Beratung im Kreistag zu diesem Zeitpunkt für unglücklich, da die Stellungnahmen der Gemeinden und Ämter noch gar nicht vorliegen. Dies habe er gegenüber dem Kreis auch vorgetragen. Eigentlich wurde damit gerechnet, dass der Kreistag, den Beratungsgegenstand von der Tagesordnung nimmt angesichts der neuen Entwicklung, dass sich möglicherweise ein ganz neues Amt bilden könnte. Der Kreistag habe nun aber doch beschlossen und es sei geplant, die Angelegenheit im Dezember noch einmal zu beraten, um eine mögliche Amtsneubildung in die Stellungnahme einfließen zu lassen.

Abweichend von der Vorlage bittet Herr Hasler darum, die Beschlüsse der Gemeinden bis zum 27.11. zu fassen, da der Hauptausschuss des Amtes auf den 02.12. terminiert worden sei. Ziel der Verwaltung sei, eine möglichst einheitliche Beschlussfassung aller Gemeinden herbeizuführen, um die gemeinsame Position zu stärken. Er bittet um ein Stimmungsbild.

Frau Mews bewertet die Stellungnahme positiv und fragt nach einer rechtlichen Begleitung. Der Amtsdirektor erklärt, dass die Verwaltung sich bislang keines Rechtsbeistands bedient habe. Je nach Fortgang des Verfahrens könne man dies neu bewerten.

Herr Lage erklärt, der Vorlage ebenfalls folgen zu können.

Frau Vöge-Lesky hält die Stellungnahme für nachvollziehbar. Insbesondere die Situation der Gemeinde Fargau-Pratjau könne jedoch weiteren Diskussionsbedarf in ihrer Gemeinde auslösen.

Herr Erdmann verweist auf die vorherige Beschlussfassung des Amtsausschusses in dieser Sache. Er persönlich stehe weiterhin zu der bisherigen ablehnenden Haltung.

Herr Voß kann der Vorlage grundsätzlich ebenfalls folgen. Er verweist auf die Amtsumlage und die finanzielle Belastung der beiden größeren Gemeinden, die sich durch die Aufnahme weiterer kleinerer Gemeinden im Verhältnis noch weiter erhöhen werde. Allerdings würde sich Laboe als große Gemeinde auch gut in die Amtsstruktur des Amtes Schrevenborn einfügen. Entscheidend für eine Bewertung sind hierbei ausdrücklich nicht die Leistung der Verwaltung, sondern die vergleichbaren regionalen Strukturen und die bestehenden Verflechtungsbeziehungen. Es solle nicht der Eindruck entstehen, dass die Gemeinde aus dem Amt aussteigen wolle. Vielmehr sei seine Idee, zu schauen, ob im Zuge des laufenden Verfahrens weitere Alternativen bestehen. Diese Überlegungen würde er jedoch nur dann weiterverfolgen, wenn entsprechende politische Signale in seiner Gemeinde erkennbar werden. Dies sei derzeit nicht der Fall.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass sich im Stimmungsbild eine breite Unterstützung für die vorgelegte Stellungnahme und das Ziel einer einheitlichen Beschlussfassung der amtsangehörigen Gemeinden zeige. Ziel sei es, die Interessen des Amtes im weiteren Verfahren geschlossen und mit einer starken gemeinsamen Position zu vertreten.

TO-Punkt 9: Bericht der Verwaltung

Herr Amtsdirektor Hasler berichtet zum Sachstand der kommunalen Wärmeplanung, dass die beschränkte Ausschreibung vorbereitet werde. Durchgeführt werden je nach Verfahrensart drei unterschiedliche Ausschreibungsverfahren für ein Vollverfahren, ein vereinfachtes Verfahren sowie ein verkürztes Verfahren. Derzeit werde noch auf eine Handreichung des Wärmekompetenzzentrums zur Erstellung des Leistungsverzeichnisses gewartet. Es werde davon ausgegangen, dass die Ausschreibung zu Beginn des Jahres erfolgen könne. Dabei sei möglich, dass ein Unternehmen alle Lose übernehme oder unterschiedliche Unternehmen beauftragt würden. Ein Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung sei die Öffentlichkeitsbeteiligung. Über die konkrete Ausgestaltung, insbesondere eine Online- oder Präsenzveranstaltung, müsse noch beraten werden. Dabei seien auch die jeweiligen Kosten zu berücksichtigen. Voraussichtlich werde die Verwaltung zunächst ein Grundpaket vorschlagen.

Der Amtsdirektor informiert weiterhin über die bevorstehende Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz. Die Verwaltung bereite sich darauf vor. Nicht alle Gemeinden werden hiervon gleichermaßen betroffen sein; beispielsweise seien Parkgebühren bereits Gegenstand eines Austauschs mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Herr Amtsdirektor Hasler beantwortet Fragen hierzu und teilt mit, dass das Amt II die Angelegenheit, insbesondere auch, welche weiteren Leistungen von der Regelung betroffen sein könnten, genau prüfe. Externer steuerlicher Sachverstand werde momentan nicht hinzugezogen. Hierzu wurde bislang kein Bedarf gesehen.

TO-Punkt 10: Bekanntgaben und Anfragen

Herr Mönkemeier und Herr Hasler weisen nochmals auf die vorgesehenen Termine der Amtsgremien im Dezember hin. Ort und genaue Uhrzeit werden noch bekannt gegeben.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20:07 Uhr.

gesehen:

Wolf Mönkemeier - Vorsitzender -	Angela Grulich - Protokollführerin -	Christian Hasler - Amtsdirektor -